Protokoll der 39. Sitzung des Gemeinderates

am : 13.03.2019
im: Sitzungssaal im Rathaus
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 20:20 Uhr

Mitglieder des Gemeinderates: 19

Anwesend: 18

Vorsitzender

Herr Siegfried Zenker

Gemeinderäte

Herr Peter Arndt
Herr Detlef Arnold
Frau Cornelia Fiedler
Herr Matthias Franke
Frau Marion Fröbel
Frau Bettina Grumbach
Herr Siegfried Hamann
Herr Clemens Hänig
Herr Daniel Kriesch
Frau Uta Kunze
Herr Fritz Liebschner
Frau Brigitte Lipeck
Herr Otto Neumann
Herr Michael Schatka
Herr Stan Schirmer
Herr Frank Vetter
Herr Andreas Weidmann

Von der Gemeindeverwaltung

Frau Julia Schneider
Frau Katja Haegner
Herr Lutz Heint
Herr Ronald Schindler
Frau Claudia Funk

Abwesend:

Gemeinderäte

Herr Eric Ehrlich

entschuldigt - dienstlich verhindert

Besucher: 12

Nach Eröffnung der Gemeinderatssitzung durch den Bürgermeister wird übereinstimmend festgestellt, dass die Einladungen und Unterlagen den Gemeinderäten ordnungsgemäß zugestellt wurden. Mit 18 anwesenden Gemeinderäten ist das Gremium beschlussfähig. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung. Zur Bestätigung des Protokolls werden Gemeinderätin Kunze und Gemeinderat Arnold bestellt.

1. Protokollbestätigung der 38. öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 30.01.2019 und Bekanntgabe der Beschlüsse der 38. nicht öffentlichen Sitzung vom 30.01.2019

Das Protokoll der 38. öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 30.01.2019 wird bestätigt. Folgende Beschlüsse aus der 38. nicht öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 30.01.2019 gibt es bekannt zu geben:

Beschlusnummer: 331/38/2019

Der Besetzung der Stelle der Bauamtsleitung in der Konstellation des § 31 TVöD mit Herrn Christoph Krzikalla wird zugestimmt.

Beschlusnummer: 332/38/2019

Der Besetzung der Stelle der Sachgebietsleiterin Ordnungswesen mit Frau Mandy Thümer wird zugestimmt.

2. Bericht des Bürgermeisters

Bürgermeister Herr Zenker gibt einen Rückblick auf Veranstaltungen der letzten Wochen. Das waren u.a. am:

- 09.02.2019 der Jugendfasching,
- 13.02.2019 der Tag der offenen Tür in der Oberschule,
- 23.02.2019 der Kinderfasching,
- 24.02.2019 die "Ü-60"-Faschingsparty,
- 02.03.2019 der Lehrrebschnitt,
- 02.03.2019 der Bunte Faschingsabend sowie am
- 04.03.2019 der Kinderfasching am Rosenmontag.

Anschließend gibt Bürgermeister Herr Zenker eine Vorschau auf anstehende Veranstaltungen. Das sind u.a. am:

- 14.03.2019 die Prämierung der Grundschule Weinböhl anlässlich 11. Sächsischen Schulgartenwettbewerbs,
- 15.03.2019 der Kaminabend SIOUX-KEHA,
- 24.03.2019 das Frühlingsfest der Händler und 15 Jahre KIZ-Treff Weinböhl,
- 25.03.2019 die Übergabe des Fördermittelbescheides für den Erweiterungsbau der Grundschule durch Kultusminister Piwarz,
- 25.-29.03.2019 die Projektwoche „Gesundheit“ in der Grundschule,
- 20.03.-27.03.2019 der Schüleraustausch ERASMUS-Programm (Oberschule),
- 05.-07.04.2019 die Fahrt des Gemeinderates in die Partnergemeinde Oftersheim,
- 10.04.2019 der Oberauer Stundenlauf,
- 12.04.2019 der Kaminabend SIOUX-KEHA,
- 17.04.2019 der Tag der Interessen in der Grundschule,
- 27./28.04.2019 die Weinwanderung anlässlich des Deutschen Weinwandertages,
- 29.04.2019 der Tag der offenen Tür in der Grundschule
- 30.04.2019 das Maibaumstellen,
- 01.05.2019 das Hähnewettkrähen am Laubenschlösschen sowie vom
- 07.05.-10.05.2019 der Besuch der Schüler aus Granowo (Oberschule).

3. Beschluss der Haushaltssatzung 2019

Vorlage: 0909/2019

Der Entwurf der Haushaltssatzung wurde gem. § 76 der SächsGemO vom 05.02.2019 bis einschließlich 18.02.2019 öffentlich im Rathaus ausgelegt. Auf die Auslegung wurde in ortsüblicher Bekanntmachung verwiesen. Einwohner und Abgabepflichtige konnten ab dem Tag der Auslegung bis einschließlich 01.03.2019 Einwendungen gegen den Entwurf erheben. Über die fristgemäß erhobenen Einwendungen hat der Gemeinderat in öffentlicher Sitzung zu beschließen. Der Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2019 wurde im Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 04.03.2019 vorberaten. Der Beschluss der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2019 hat durch den Gemeinderat in öffentlicher Sitzung zu erfolgen.

Kämmerer Herr Schindler informiert die Anwesenden, dass keine Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2019 erhoben wurden. Im Anschluss benennt Herr Schindler in einer Power-Point-Präsentation die Festsetzungen der Haushaltssatzung 2019. Neben den Festsetzungen der

Haushaltssatzung 2019 werden auch die geplanten Gesamtergebnisse, die Herstellung des Haushaltsausgleichs im Planungszeitraum, die Entwicklung der wichtigsten Steuereinnahmen und der Allgemeinen Schlüsselzuweisungen erläutert. Zum Gesamtergebnis für 2019 von – 479.100 EUR wird darauf hingewiesen, dass dieses vollständig aus Abschreibungen resultiert. Im Haushaltsplan wird der Haushaltsausgleich für die Jahre 2019 bis 2022 durch Entnahmen von Mitteln aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses hergestellt. Weiterhin erläutert Herr Schindler die Ein- und Auszahlungen der Investitionstätigkeit und benennt die für 2019 geplanten wesentlichsten Baumaßnahmen im Einzelnen. Die Finanzierung der Investitionen erfolgt wie in den Vorjahren auch aus Eigenmitteln und investiven Zuwendungen. In dem Zusammenhang wird danach die Entwicklung des Zahlungsmittelbestandes aufgezeigt. Anschließend werden die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen der Gemeinde Weinböhla erläutert und die Verschuldung des EB WAW benannt. In der folgenden Diskussion wird der Haushaltsentwurf durch die Gemeinderäte befürwortet. Insbesondere die weitere Gewährleistung des gesamten Leistungsspektrums und die geplanten Investitionen ohne Neuverschuldung werden positiv hervorgehoben.

Beschlussfassung:

**Haushaltssatzung der Gemeinde Weinböhla
für das Haushaltsjahr 2019**

Aufgrund von § 74 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der jeweils geltenden Fassung hat der Gemeinderat in der Sitzung am 13.03.2019 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen enthält, wird:

im **Ergebnishaushalt** mit dem

- Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf	15.290.100 EUR
- Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf	15.769.200 EUR
- Saldo aus den ordentlichen Erträgen und Aufwendungen (ordentliches Ergebnis) auf	-479.100 EUR
- Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge auf	0 EUR
- Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 EUR
- Saldo aus den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen (Sonderergebnis) auf	0 EUR
- Gesamtergebnis auf	-479.100 EUR
- Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren auf	0 EUR
- Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des Sonderergebnisses aus Vorjahren auf	0 EUR
- Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im ordentlichen Ergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO auf	0 EUR
- Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im Sonderergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO auf	0 EUR
- veranschlagtes Gesamtergebnis auf	-479.100 EUR

im **Finanzhaushalt** mit dem

- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	14.111.600 EUR
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	13.021.000 EUR
- Zahlungsmittelüberschuss oder -bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit als Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.090.600 EUR
- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	3.088.100 EUR
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	5.263.000 EUR
- Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	-2.174.900 EUR
- Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag als Saldo aus dem Zahlungsmittel- überschuss oder -fehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	-1.084.300 EUR
- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 EUR
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	90.600 EUR
- Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	-90.600 EUR
- Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr auf	-2.349.500 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 0 EUR festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird auf 0 EUR festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden darf, wird auf 1.800.000 EUR festgesetzt.

§ 5

Die Hebesätze werden wie folgt festgesetzt:

für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	310 Prozent
für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	420 Prozent
Gewerbsteuer auf	375 Prozent

Weinböhl, den

Zenker
Bürgermeister

Hinweis:

Nach § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der SächsGemO zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Ziffern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder des Gremiums: 19

Anwesende des Gremiums: 18

Ja-Stimmen: 18

Nein-Stimmen: keine

Enthaltung: keine

Beschlusnummer: 333/39/2019

4. Erwerb der Flurstücke 1436/1, 1436/2 und 1436/3, gelegen Dresdner Straße in Weinböhla

Vorlage: 0903/2019

Die DB Netz Aktiengesellschaft ist Eigentümerin der an der Dresdner Straße gelegenen Flurstücke 1436/1, 1436/2 und 1436/3.

Die Gemeinde Weinböhla möchte in diesem Bereich die Freifläche des Kindergartens erweitern. Deshalb ist die Gemeinde Weinböhla an die Deutsche Bahn herangetreten, um das Flurstück 1436/1 zu erwerben. Die DB Netz AG beauftragte ihren Vertriebspartner IVF Immobilien Jochen Grube mit der Vermarktung der Fläche des Flurstücks 1436/1 und der Verkehrsflächen der Flurstücke 1436/2 und 1436/3. Die DB Netz AG ist bereit die Flurstücke 1436/1, 1436/2 und 1436/3 zu dem von der Gemeinde Weinböhla gebotenen Preis von 144.191,00 EUR an die Gemeinde Weinböhla zu verkaufen.

Die zu erwerbenden Flächen sind im beiliegenden Lageplan ersichtlich.

Zur Erweiterung der Freifläche der Kindertagesstätte und um die Verkehrsfläche entlang der Dresdner Straße zu erwerben, wird empfohlen die Flurstücke 1436/1 (1.385 m²), 1436/2 (15 m²) 1436/3 (0,1 m²) von der DB Netz AG zu erwerben.

Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt den Erwerb der an der Dresdner Straße gelegenen Flurstücke 1436/1 mit einer Fläche von 1.385 m², 1436/2 mit einer Fläche von 15 m² und 1436/3 mit einer Fläche von 0,1 m² zum Preis von 144.191,00 EUR.

Die Kosten des Kaufvertrages und seines Vollzugs trägt die Gemeinde Weinböhla.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder des Gremiums: 19

Anwesende des Gremiums: 18

Ja-Stimmen: 18

Nein-Stimmen: keine

Enthaltung: keine

Beschlusnummer: 334/39/2019

5. Änderungssatzung zum Bebauungsplan Nr. 02/2016 ‚Dresdner Straße / Schwarzer Weg‘ (1. Änderung)

Hier: Abwägungs- und Satzungsbeschluss

Vorlage: 0912/2019

Der Gemeinderat hat in der öffentlichen Sitzung am 05.12.2018 die Aufstellung der Änderungssatzung

zum Bebauungsplan Nr. 02/2016 ‚Dresdner Straße / Schwarzer Weg‘ (1. Änderung) beschlossen sowie deren Entwurf in der Fassung vom 20.11.2018 gebilligt und zur öffentlichen Auslegung bestimmt. Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB erfolgte in der Zeit vom 03.01.2019 bis einschließlich 04.02.2019. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 BauGB in etwa zeitgleich um Stellungnahme gebeten.

Stellungnahmen der Öffentlichkeit sind nicht eingegangen. Aufgrund der von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange vorgetragenen Anregungen und Hinweise waren lediglich redaktionelle Ergänzungen in der Begründung geboten. Eine erneute Offenlage ist deshalb nicht erforderlich.

Beschlussfassung:

1. Entsprechend dem als Anlage beigefügten Abwägungsprotokoll vom 15.02.2019 wird der Abwägungsbeschluss über die zum Entwurf der Änderungssatzung zum Bebauungsplan Nr. 02/2016 ‚Dresdner Straße / Schwarzer Weg‘ (1. Änderung) in der Fassung vom 20.11.2018 vorgebrachten Stellungnahmen gefasst.
2. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Stellungnahmen einer Abwägung bedurften, sind von deren Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen (§ 3 Abs. 2 Satz 4 Halbsatz 2 BauGB).
3. Die Begründung zur Änderungssatzung in der Fassung vom 15.02.2019 wird gebilligt.
4. Die Änderungssatzung zum Bebauungsplan Nr. 02/2016 ‚Dresdner Straße / Schwarzer Weg‘ in der Fassung vom 15.02.2019 wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.
5. Der Satzungsbeschluss ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekanntzumachen. Dabei ist auch anzugeben, wo die Änderungssatzung während der Dienststunden eingesehen und über deren Inhalt Auskunft verlangt werden kann. Die Änderungssatzung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder des Gremiums: 19

Anwesende des Gremiums: 18

Ja-Stimmen: 18

Nein-Stimmen: keine

Enthaltung: keine

Beschlusnummer: 335/39/2019

6. Bebauungsplan Nr. 05/2016 „Wohnbebauung Schindlerstraße“

Hier: Abwägungsbeschluss zu den zum Entwurf eingegangenen Stellungnahmen

Vorlage: 0914/2019

Der Gemeinderat der Gemeinde Weinböhla hat in seiner öffentlichen Sitzung am 02.05.2018 den Entwurf des Bebauungsplans Nr. 05/2016 ‚Wohnbebauung Schindlerstraße‘ in der Fassung vom 12.04.2018 gebilligt und zur öffentlichen Auslegung bestimmt. Der Entwurf des Bebauungsplans lag mit seiner Begründung einschließlich Umweltbericht sowie den vorhandenen Fachgutachten und den während der frühzeitigen Beteiligung zum Bebauungsplan eingegangenen wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen nach § 3 Abs. 2 BauGB vom 05.06.2018 bis einschließlich 05.07.2018 öffentlich aus. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 01.06.2018 um Stellungnahme gebeten und von der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplan Entwurfes benachrichtigt.

Nach der öffentlichen Auslegung, der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie Nachbargemeinden wurden die eingegangenen Stellungnahmen geprüft. In Auswertung der während der Entwurfsbeteiligung und Planoffenlegung vorgetragenen Anregungen und Hinweise wurden keine Änderungen erforderlich, die eine erneute Auslegung der Planung erfordern, so dass die Planung dem Gemeinderat zur Fassung des Abwägungs- und des Satzungsbeschlusses vorgelegt werden kann.

Bauamtsleiter Herr Heintz erläuterte den Sachverhalt ausführlich.

Gemeinderat Arndt führt aus, dass er dem Bebauungsplan „Wohnbebauung Schindlerstraße“ nicht zustimmen wird. Das Planungsgebiet befindet sich in einem geschützten Biotop; alle Äußerungen zum

Naturschutz wurden missachtet. Die Nähe zur Eisenbahnstrecke birgt zudem Lärmprobleme. Des Weiteren kritisiert Gemeinderat Arndt zu wenig Verkehrsflächen für ruhenden Verkehr sowie fehlende Erdgasanschlüsse.

Bürgermeister Herr Zenker informiert, dass alle naturschutzrechtlichen Probleme durch den Vorhabenträger mit der Naturschutzbehörde geklärt wurden. Hinsichtlich der Lärmproblematik wird ausgeführt, dass im Bebauungsplan lärmindernde Maßnahmen festgeschrieben wurden.

Beschlussfassung:

1. Der Gemeinderat der Gemeinde Weinböhla fasst entsprechend dem als Anlage beigefügten Abwägungsprotokoll den Abwägungsbeschluss zu den zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 05/2016 „Wohnbebauung Schindlerstraße“ in der Fassung vom 02.05.2018 eingegangenen Stellungnahmen.
2. Die Einwender, deren Stellungnahmen in der Abwägung beschlussmäßig behandelt wurden, sind von diesem Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen (gemäß § 3 Abs. 2 Satz 4 Halbsatz 2 BauGB).

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder des Gremiums: 19

Anwesende des Gremiums: 18

Ja-Stimmen: 14

Nein-Stimmen: 4

Enthaltung: keine

Beschlusnummer: 336/39/2019

7. Bebauungsplan Nr. 05/2016 „Wohnbebauung Schindlerstraße“

Hier: Satzungsbeschluss

Vorlage: 0915/2019

Aufgrund der zum Entwurf in der Fassung vom 12.04.2018 eingegangenen Stellungnahmen ist keine erneute Offenlage erforderlich.

In Folge der vorgebrachten Stellungnahmen wurde der Bebauungsplan gegenüber der offen gelegten Fassung lediglich in den folgenden Punkten redaktionell geändert und ergänzt:

- Streichung der Brauchwassernutzung in der Textlichen Festsetzung 6.1
- Anpassung der zugeordneten externen Ausgleichsflächen E 1 / Textliche Festsetzung 11.1 für die Anlage einer Streuobstwiese entsprechend des Bescheides der unteren Naturschutzbehörde vom 16.07.2018
- Präzisierung der zugeordneten externen Ausgleichsmaßnahme E 3 / Textliche Festsetzung 11.3 - Heckenpflanzung
- Ergänzung eines Hinweises zu Baugrund- und Versickerungsuntersuchungen in den Textlichen Festsetzungen
- redaktionelle Anpassung der Begründung zum Bebauungsplan im Ergebnis der Abwägung

Hierdurch sind die Grundzüge der Planung nicht berührt.

Da der Bebauungsplan aus dem wirksamen Flächennutzungsplan entwickelt worden ist (§ 8 Abs. 2 BauGB), bedarf er keiner Genehmigung. Er tritt deshalb gemäß § 10 Abs. 3 BauGB mit der ortsüblichen Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses in Kraft.

Beschlussfassung:

1. Der Bebauungsplan Nr. 05/2016 „Wohnbebauung Schindlerstraße“ in der Fassung vom 15.02.2019, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den Textlichen Festsetzungen (Teil B), wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.
2. Die Begründung zum Bebauungsplan einschließlich Umweltbericht in der Fassung vom 15.02.2019 wird gebilligt.
3. Der Satzungsbeschluss ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekanntzumachen. Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder des Gremiums:	19
Anwesende des Gremiums:	18
Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	4
Enthaltung:	keine
Beschlusnummer:	337/39/2019

**8. Überplanmäßige Ausgaben für die Baumaßnahme "Ausbau der Reichsstraße" HHPL2018
Vorlage: 0896/2019**

Die Beschlussvorlage wird zurückgezogen.

**9. Leistungsvergabe für den Straßenausbau "Spitzgrundstraße/ Alte Weinbergstraße" im Abschnitt
zwischen Gustav-Adolf-Straße und Spitzgrundstraße 35
Vorlage: 0905/2019**

Für den Straßenausbau „Spitzgrundstraße/Alte Weinbergstraße zwischen Gustav-Adolf-Straße und Spitzgrundstraße 35“ wurde eine öffentliche Ausschreibung auf der Vergabeplattform Vergabe24.de unter dem Kennzeichen 040240085 mit Veröffentlichung im Sächsischen Ausschreibungsblatt Nr.04/2019 vom 25.01.2019 durchgeführt. Daraufhin haben 8 Firmen die Verdingungsunterlagen angefordert. Zur Submission am 08.02.2019, 11.00 Uhr, lagen 5 Angebote vor. Nach Wertung und Prüfung der Angebote durch das Büro „MoCon Ingenieure GmbH“ gemäß Sächsischem Vergabegesetz vom 14.02.2013 unterbreitete die Fa. STRABAG AG, Dir. Sachsen/ Thüringen, Bereich Ostsachen, Gruppe Meißen, Teichertring 8 in 01662 Meißen mit einem Angebotspreis von brutto 915.395,14 € das wirtschaftlichste Angebot. Die Firma konnte ihre Leistungsfähigkeit nachweisen und erbrachte die geforderten Nachweise und Erklärungen.

Gemeinderat Arnold fragt nach dem Beginn der Maßnahme um Kollisionen mit dem Bau der Moritzburger Straße zu vermeiden. Diese wird von Mai 2019 bis Ende Oktober durchgeführt. Auf den Bau der Moritzburger Straße haben wir keinen Einfluß.

Beschlussfassung:

Für den Straßenausbau „Spitzgrundstraße/Alte Weinbergstraße“ zwischen Gustav-Adolf-Straße und Spitzgrundstraße 35 wird nach der Angebotswertung durch das Büro „MoCon Ingenieure GmbH“ gemäß dem Vergabevorschlag vom 20.02.2019 der Zuschlag auf das Angebot der Fa. STRABAG AG, Dir. Sachsen/ Thüringen, Bereich Ostsachen, Gruppe Meißen, Teichertring 8 in 01662 Meißen mit einem Angebotspreis von brutto 915.395,14 € erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder des Gremiums:	19
Anwesende des Gremiums:	18
Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	keine
Enthaltung:	keine
Beschlusnummer:	338/39/2019

**10. Kooperation zur Beantragung von Fördermitteln zum Breitbandausbau und Durchführung des
geförderten Breitbandausbaus in den beteiligten Kommunen
Vorlage: 0911/2019**

Deutschland ist auf dem Weg in die digitale Gesellschaft. Neue Technologien und Dienstleistungen durchdringen nahezu jeden Bereich des täglichen Lebens und Wirtschaftens. Grundlage für die schrittweise Ausgestaltung der digitalen Gesellschaft sind leistungsfähige Breitbandnetze, die allen Bürgern, Unternehmen und wichtigen öffentlichen Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung stehen müssen. Um den Ausbau eben dieser Netze voranzutreiben fördert die Bundesregierung deutschlandweit den Ausbau leistungsfähiger Breitbandnetze. Ziel ist ein flächendeckendes Gigabit-Netz bis zum Jahr 2025.

Die Grundlage dafür bilden die Richtlinien „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 22.10.2015 (1. Novelle vom 03.07.2018) und „Digitale Offensive

Sachsen – RL DiOS“ vom 18.09.2018. Mit ihnen soll eine Verbesserung der Qualität der Erschließung der Haushalte, Gewerbebetriebe, medizinischen Einrichtungen und Bildungseinrichtungen mit hochleistungsfähigen Breitbandnetzen in den beteiligten Kommunen erfolgen. In einem ersten Schritt sollen Schulen, Krankenhäuser und Gewerbegebiete erschlossen werden.

Um dies zu erreichen, wird, auf Anregung der Breitbandkoordination des Landkreises Meißen, die Zusammenarbeit der Kommunen Weinböhla, Radebeul, Coswig und Moritzburg als sinnvoll und zweckmäßig angesehen. Mit der beiliegenden Kooperationsvereinbarung wird dafür die Grundlage geschaffen.

Die Große Kreisstadt Radebeul stellt im Einvernehmen mit den beteiligten Kommunen einen Breitbandförderantrag für die Kooperationsgemeinschaft.

Die Kooperationspartner verständigen sich darauf, dass die Finanzierung der im Zusammenhang mit dem Breitbandausbau von der Großen Kreisstadt Radebeul als Antragsteller ggf. zu leistenden Eigenanteile anteilig entsprechend der je beteiligten Kommune einbezogenen Bedarfspunkte übernommen wird.

Zur Gewährleistung einer rechtsicheren Umsetzung des Antrags- und Vergabeverfahrens werden sich die Kooperationspartner einer externen Beratung bedienen.

Beschlussfassung:

Der Gemeinderat stimmt einer Kooperation der Städte/Gemeinden Weinböhla, Radebeul, Coswig und Moritzburg mit der Zielstellung der Verbesserung des Ausbaus der Städte/Gemeinden mit Breitbandnetzen zu. Die Kooperation erfolgt unter Federführung der Stadt Radebeul.

Die Kooperationsvereinbarung wird bestätigt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vereinbarung zu unterzeichnen und umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder des Gremiums: 19

Anwesende des Gremiums: 18

Ja-Stimmen: 18

Nein-Stimmen: keine

Enthaltung: keine

Beschlusnummer: 339/39/2019

11. Anfragen und Information

Gemeinderätin Grumbach empfiehlt bezüglich der naturschutzrechtlichen Probleme im Verfahren der Bebauungsplanung „Wohnbebauung Schindlerstraße“ die Naturschutzverbände zu einer Informationsveranstaltung einzuladen, so dass sich die Gemeinderäte sachkundig machen können.

Bürgermeister Herr Zenker erklärt, dass für die Gemeinde die untere Naturschutzbehörde des Landkreises Ansprechpartner ist, die auch für eine Informationsveranstaltung geeignet wäre. Bezüglich des Bebauungsplanes „Wohnbebauung Schindlerstraße“ wurden alle naturschutzrechtlichen Probleme in Abstimmung der unteren Naturschutzbehörde geklärt.

Gemeinderat Arnold fragt, wie der Stand zur Sanierung des Denkmals der Gefallenen des 1. Weltkrieges ist.

Bürgermeister Herr Zenker informiert, dass ein Konsultationstermin mit der Kirchgemeinde und dem Landesamt für Denkmalpflege stattgefunden hat. Die Kirchgemeinde kann aus haftungs- und versicherungstechnischen Gründen den Zugang zum Denkmal nicht öffnen. Der Sachverhalt wird mit Pfarrer Reißmann besprochen. Der Denkmalbehörde werden Vorschläge unterbreitet und ein Antrag auf denkmalrechtliche Genehmigung der Versetzung des Denkmals gestellt.

Gemeinderat Arndt informiert über Risse im neu hergestellten Bereich der Köhlerstraße. Der Sachverhalt wird dem Landkreis Meißen zwecks der Gewährleistungsansprüche zugetragen.

Gemeinderätin Fiedler kritisiert, dass auf der Homepage des Tourismusverbandes Elbland

keine Veranstaltungen in der Gemeinde Weinböhla veröffentlicht sind. Eine Zuarbeit durch die Gemeinde erfolgte. Die Entscheidung über die Veröffentlichung obliegt dem Tourismusverband Elbland Dresden.

Gemeinderätin Grumbach fragt nach dem Ergebnis der Beratung zum Radweg entlang der S80 mit den Bürgermeistern und dem Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Herrn Dulig, Anfang März 2019.

Der Radweg von Weinböhla bis zum wurde nunmehr durchgängig in Priorität eingestuft und eine entsprechende Planung bereits in Auftrag gegeben. Die weitere Umsetzung zeigt sich schwierig. Der Radwegewart von Moritzburg, Herr Meyer, hat für diesen Bereich einen Radschnellweg konzipiert. Er soll die Grundlage für die weitere Planung des Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sein.

Gemeinderat Liebscher erkundigt sich zum Stand der Eigentumsverhältnisse des Kirchplatzes 19, da der Gemeinderat bereits vor einiger Zeit den Beschluss zum Verkauf des Grundstücks an die Sächsische Winzergenossenschaft Meissen eG beschlossen hat. Herr Zenker informiert, dass am 21.03.2019 die Beschlüsse seitens der Sächsischen Winzergenossenschaft Meissen eG neu gefasst werden sollten. Zum Frühlingsfest der Händler am 24.03.2019 ist der Kirchplatz 19 geöffnet.

Gemeinderätin Lipeck und Gemeinderat Schirmer sprechen sich für einen Frühjahrsputztag in der Gemeinde Weinböhla aus, da die Sauberkeit und Ordnung in einigen Bereichen, vor allem am Haltepunkt, sehr zu wünschen übrig lässt.

Gemeinderat Franke informiert, dass am 13.04.2019 der letzte Heimspieltag der Handballer in der Nassauhalle stattfindet und der Aufstieg der 1. Männermannschaft in die Sachsenliga gefeiert werden kann. Er lädt alle Gemeinderäte ein.

Bürgermeister Herr Zenker informiert, dass am 13.09.2019 die Wahl der Sächsischen Weinhoheiten im Zentralgasthof stattfindet. Im nächsten Amtsblatt am 18.03.2019 wird um Kandidatinnen geworben. Karten für die Veranstaltung können bereits erworben werden.

Des Weiteren informiert der Bürgermeister, dass am 25.03.2019 10.00 Uhr der Staatsminister für Kultus, Herr Piwarz, den Fördermittelbescheid des Bundesprogrammes „Brücken in die Zukunft II – VwV Invest Schule“ in Höhe von ca. 372.000 € für den Erweiterungsbau der Grundschule vor Ort übereicht.

12. Bürgerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

Zenker
Bürgermeister

Gemeinderat

Funk
Protokollabfassung

Gemeinderat